Nr. 377. XXX. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Sonnabend, 27. Juli 1901.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Herrn Möllers Trinkspruch.

Wir haben in der gestrigen Abendnummer die Königsberger Bankettrede unseres neuen Handelsministers ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt. Durch sonderliche Prägnanz der Gedanken zeichnet sich diese rednerische Leistung des Herrn Ministers nicht aus. Was soll es denn eigentlich heißen, wenn Herr Möller die wirthschaftliche Entwickelung Ostpreußens von der richtigen Erkenntniß der neuen Wege abhängig macht, die unter den veränderten Verhältnissen begangen werden müssen? Auch nicht die leiseste Spur einer Andeutung, welcher Art diese wahrhaft mystischen „neuen Wege" sein könnten, und wohin sie führen, ist in jenem Satze enthalten. Der Herr Minister wollte vermuthlich auf den inzwischen veröffentlichten Zolltarifentwurf anspielen. Da stoßen wir denn auf den wahrhaft monumentalen Ausspruch, daß „jede Erhöhung der Getreidezölle mit dem Abschlusse von Handelsverträgen in innigem Zusammenhange stehe." Fürwahr — eine stupende Weisheit. Wie aber, wenn eine Erhöhung der Getreidezölle in dem Maße, wie sie der Tarifentwurf vorsieht, überhaupt zu keinem Abschluß von Handelsverträgen, sondern zum Beginn von Zollkriegen mit aller Welt führt? Sollen das etwa die „veränderten Verhältnisse" sein, welche die Auffindung der von Herrn Möller so geheimnißvoll angedeuteten „neuen Wege" nothwendig machen?

Für den neuen Handelsminister steht nur Eines fest, daß die Landwirthschaft einen erheblichen Schutz nicht entbehren kann. Der Handel und die Industrie mögen nur immerhin zusehen, wie sie sich ihrerseits mit diesen durch den Zolltarifentwurf geschaffenen „neuen Verhältnissen" abfinden können.

In dieser Hinsicht verräth Herr Möller eine gewisse Gutmüthigkeit in der Anschauung, wie man sie bei einem Minister eines Staates von der Bedeutung Preußens kaum voraussetzen sollte. Herr Möller sagt ganz einfach, „Diejenigen, welche sich mit diesem Gedanken, nämlich von der Nothwendigkeit eines erheblichen Schutzes für die Landwirthschaft, nicht befreunden können, werden sich doch an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die Schutzzölle eine Erhöhung erfahren!"

Das ist ja eine ganz neue Art von Vertheidigung einer im einseitigen agrarischen Interesse eingeleiteten Zollpolitik. Und die Millionen deutscher Arbeiter, Handwerker, Händler, Kaufleute und Beamte, denen bei einem knappen Einkommen sämmtliche Lebensmittel mit Ausnahme der Kartoffel vertheuert werden, wie steht es mit diesen? Werden die sich auch so ganz einfach, wie Herr Möller das in seiner Gutmüthigkeit annimmt, an den Gedanken gewöhnen, daß ihnen jeder Bissen Brod, jeder Bissen Fleisch im Interesse der Großgrundbesitzer und der Großviehzüchter vertheuert werde?

Nein, Herr Möller, das werden die Millionen und Millionen deutscher Bürger nicht! Die nicht satt werdenden Kinder werden sich mit diesem erhebenden Bewußtsein, der Landwirthschaft müsse geholfen werden, keineswegs beruhigen. Sie werden im Verein mit ihren Müttern nach Brod schreien, und zwar so laut, daß dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Handelsminister die Ohren gellen werden!

Auf diesen famosen Trinkspruch des Herrn Möller und auf diesen nicht minder famosen Zolltarifentwurf wird hoffentlich das gesammte deutsche Volk, das doch neben den Großgrundbesitzern auch so eine Art von Daseinsberechtigung hat, die klare Antwort nicht schuldig bleiben.

* * *

* Auslandsstimmen zum **neuen Zolltarif** liegen zur Stunde nur aus Oesterreich vor. Die gesammte Wiener Presse beurtheilt, wie aus Wien drahtlich gemeldet wird, den Tarif in höchst abfälliger Weise und erklärt, falls er wirklich bindende Kraft erhalten sollte, werde sich für Oesterreich die Nothwendigkeit ergeben, den rücksichtslosesten Kampf gegen die deutsche Industrie aufzunehmen. Jede Sentimentalität sowie die politische Freundschaft mit Deutschland müsse in den Hintergrund treten; den Machthabern in Deutschland müsse man die Ueberzeugung beibringen, daß sie einen argen Fehlgriff begangen haben. Unter anderem sagt das offiziöse Wiener „Fremdenblatt", das Organ des Auswärtigen Amtes: Die Veröffentlichung der geplanten Minimalvertragssätze lasse den ganzen Ernst der handelspolitischen Lage erkennen. Daß man sich mit der Möglichkeit eines solchen Konfliktes bereits jetzt vertraut macht, erhellt aus dem Vorschlage, die gesetzliche Befugniß für die Auflegung von Kampfzöllen noch zu verschärfen. Schon bisher war in diesem Falle eine Verdoppelung der Tarife vorgesehen. Uebrigens sei nicht zu übersehen, daß der Entwurf noch viele Stadien zu passiren hat und die Veröffentlichung die Möglichkeit zu einer Abwehr bietet.

Der erste Dankespsalm der Agrarier.

Der Vorsitzende der ständigen Kommission des preußischen Landesökonomiekollegiums, Graf v. Schwerin-Löwitz, hat unlängst an den Grafen Bülow einen Bericht über den Saatenstand erstattet, worin die Fürsorge der Staatsregierung für die Landwirthschaft, wie offiziös mitgetheilt wird, mit folgenden Worten anerkannt wird:

„Ew. Excellenz bedarf ich mich Namens der ständigen Kommission des Landesökonomiekollegiums, den gehorsamen Dank desselben dafür zu übermitteln, daß die königliche Staatsregierung nicht allein in eine sofortige eingehende Prüfung des durch den überaus schlechten Saatenstand in mehreren Provinzen Preußens hervorgerufenen Nothstandes eingetreten ist, sondern auch sofort wirksame Maßregeln in die Wege geleitet hat, welche sehr wohl geeignet sind, die überaus schwierige Lage eines großen Theiles der Landwirthe in den hauptsächlich betroffenen Provinzen, soweit dies überhaupt möglich ist, zu erleichtern. Ganz besonders ist das weitgehende Entgegenkommen der königlichen Staatsregierung dankenswerth, durch das in den Nothstandsbezirken Westpreußens und Posens den Kreisen zur Beschaffung von Saatgut, Futtermitteln und Düngstoffen aus Staatsfonds unverzinsliche, nur in der Höhe von 85 Prozent rückzahlbare Darlehen überwiesen worden sind. Diese Maßregel ist ganz besonders in Verbindung mit der Bereitstellung eines Fonds zur darlehnsweisen Gewährung baarer Mittel an die am meisten geschädigten Landwirthe sehr wohl geeignet, wirksame Hilfe zu gewähren. Zu besonderem Danke sind die Landwirthe in den östlichen Nothstandsbezirken der königlichen Staatsregierung auch dadurch verpflichtet, daß dieselbe die in meiner Eingabe vom 30. Mai d. J. unterbreiteten speziellen Vorschläge, nämlich die Stundung von Renten- und Teichlasten, die Herabsetzung der Eisenbahntarife für Futter- und Düngemittel sowie für Saatgut, die Abgabe von Waldstreu und Waldweide sowie die Hergabe von Brodgetreide, Stroh und Heu und den umfangreichen Ankauf von Hafer durch die Proviantämter als zweckentsprechend erachtet und die Durchführung dieser Maßnahmen bereits angeordnet hat, beziehungsweise anzuordnen beabsichtigt."

Das war noch vor dem Zolltarif.

* Eine große **Sympathiekundgebung zwischen Deutschland und Brasilien,** begleitet von einem Höflichkeitsaustausch zwischen einem deutschen und nordamerikanischen Kriegsschiff, hat gestern auf der Rhede von Rio de Janeiro stattgefunden. Wir erhalten darüber von dort folgendes Privat-Kabeltelegramm:

Der gestrige Besuch des Präsidenten Campos Salles von Brasilien an Bord der „Vineta" und des amerikanischen Kreuzers „Atlanta" gab Anlaß zu einer freundlichen Kundgebung zwischen dem deutschen und amerikanischen Kriegsschiff und zum Austausch herzlicher Adressen zwischen dem deutschen und amerikanischen Gesandten in Brasilien.

Dieser Austausch internationaler Akte der Kourtoisie ist die beste Antwort auf die Hetzereien der gelben Presse, welche kürzlich vergeblich versuchte, Deutschland mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Brasilien in einen Konflikt hineinzutreiben.

Reichsländischer Krisenbericht.

(Von unserem Korrespondenten.)

Straßburg, 25. Juli.

Es ist wirklich wahr, was keine Wahlbewegung und keine politische oder wirthschaftliche Streitfrage, was nicht einmal der Rücktritt des Staatssekretärs v. Puttkamer fertig gebracht hat, das gelingt der mehr und mehr in den Vordergrund tretenden Kandidatur des Herrn v. Köller: nämlich, das Land aus seiner gewöhnlichen Lethargie aufzurütteln. Wenn die Zeitungen den Barometer darstellen für die politische Witterung, so ist Sturm zu erwarten. Denn vom rechten bis zum linken Flügel, von der gouvernementalen „Straßburger Post" bis zum „Journal de Colmar" des Abbé Wetterlé, herrscht seltene Einmüthigkeit. Man will von Herrn v. Köller nichts wissen, rein gar nichts, und giebt dieser Abneigung in vielfach recht drastischer Form Ausdruck.

So schreibt die „Straßburger Post", daß Herr v. Köller den Reichslanden stets ein Fremder geblieben ist, und daß seine Ernennung nicht beruhigend, sondern verschärfend wirken müßte. An einer anderen Stelle entdeckt das Regierungsorgan sein liberales Herz und bemerkt, Herr v. Köller, dieser „rücksichtslose Vertreter eines norddeutschen konservativen Junkerthums", passe nicht für ein freiheitlich empfindendes süddeutsches Land. Wir unsererseits befürchten nicht, die „Post" könnte, ist Herr v. Köller wirklich zum Staatssekretär ausersehen, den Anschluß zu verpassen!

Indessen, Thatsache ist, daß der „Vater der Umsturzvorlage", der Mann des „forschen" Draufgängerthums manche halb vernarbte Wunde wieder aufreißen könnte, würde er als Staatssekretär und leitender Minister so regieren, wie er als Unterstaatssekretär des Inneren oft genug aufgetreten ist. Zwischen damals und heute liegen volle sieben Jahre, und in diesen sieben Jahren kann Herr v. Köller Vieles gelernt und Manches vergessen haben. Man müßte ihn also erst an der Arbeit sehen, und es wäre möglich, daß dann das Mißtrauen, mit dem man ihm heute begegnet, sich bald verflüchtigte.

Bei Beurtheilung seiner Persönlichkeit wird von der reichsländischen Presse Eines vollständig vergessen: Herr v. Köller hat persönlich das allergrößte Verdienst daran, daß seinerzeit der Paßzwang für Elsaß-Lothringen aufgehoben wurde. Diese Aufhebung der lästigen Maßnahme erfolgte nach einem Immediatvortrage, zu welchem Herr v. Köller zum Kaiser befohlen wurde. Indem der damalige Unterstaatssekretär seine eigene Person für eine Sache einsetzte, deren Verfechtung nicht ohne Gefahr erschien, bewies er, daß er zum Mindesten die Interessen und Wünsche des Landes gut kannte, in dessen Regierung er saß. Ohne irgendwie sangtinisch zu sein, glauben wir doch, die Gerechtigkeit gegenüber dem hart angegriffenen Manne erfordere diese Reminiszenz.

Im Uebrigen verzeichnen wir noch die Thatsache, daß als Nachfolger für Herrn v. Puttkamer gegenwärtig stark Graf Posadowsky genannt wird. Für den Statthalterposten, der garnicht erledigt ist, haben ganz besonders schlaue Köpfe den Fürsten Adolf von Schaumburg-Lippe, den Schwager des Kaisers, in petto. Jedoch beide Nominationen tauchen stets auf, wenn irgendwo irgend eine Vakanz sich zeigt.

* Von den **Handwerkskammerschmerzen** der Handwerker in Reuß j. L. haben wir schon neulich berichtet. Heute schreibt man uns aus Gera:

Obgleich das fürstliche Ministerium verfügt hatte, daß die **Kosten** für die gemeinschaftliche Handwerkskammer, so weit das Fürstenthum Reuß j. L. in Betracht kommt, von den Bezirken zu tragen seien, hat das Landrathsamt Gera im Bezirksausschusse erklärt, daß der Bezirk die Kosten nur auslege, um sie dann von den Handwerkern wieder einzuziehen. Die Handwerkskammer hat sich gegen diese Auffassung der ministeriellen Verfügung gewandt unter Hinweis auf die Bestimmungen über die Zwangsorganisation des Handwerks, wonach die Kosten, welche aus der Errichtung

---

Eine Wette.

Von [Nachdruck verboten.]

Anton Tschechow.

Deutsch von Nadeshda Ramm.

Es war eine dunkle Herbstnacht. Der alte Bankier schritt in seinem Arbeitszimmer auf und ab und dachte an einen anderen Herbstabend, der fünfzehn Jahre zurücklag. Es war ein Unterhaltungsabend, den er gegeben hatte. Unter den Gästen waren manche Gelehrte und Literaten, und es wurde über die verschiedensten Dinge der Welt gesprochen. Unter anderem sprach man auch von der Todesstrafe. Die Meisten fanden diese Strafe veraltet, unsittlich, der christlichen Staaten unwürdig. Es wurde die Meinung geäußert, daß an Stelle der Todesstrafe überall lebenslänglicher Kerker treten sollte.

„Ich bin damit nicht einverstanden," sagte der Wirth. „Soweit ich es a priori beurtheilen kann, glaube ich, daß die Todesstrafe viel humaner und sittlicher ist als lebenslänglicher Kerker. Die Todesstrafe bringt einen raschen Tod, der Kerker einen langsamen. Welcher Scharfrichter ist nun menschlicher: der, welcher einen Menschen in einigen Sekunden tödtet, oder der, welcher Einem langsam im Laufe von vielen Jahren das Leben nimmt?"

„Das Eine wie das Andere ist gleich unsittlich," sagte einer der Gäste, „denn Beides hat das gleiche Ziel, das Leben zu rauben. Der Staat ist kein Gott. Er hat kein Recht, das Leben zu nehmen, da er es nicht zurückgeben könnte, wenn er auch wollte."

Unter den Anwesenden befand sich ein Jurist, ein junger Mann von 25 Jahren. Als man ihn um seine Meinung fragte, sagte er:

„Lebenslänglicher Kerker ist ebenso unsittlich wie Todesstrafe; wenn ich aber vor der Wahl zwischen dem Einen und dem Anderen stehen sollte, so würde ich gewiß den Kerker vorziehen. Irgendwie zu leben, ist immerhin besser, als gar nicht zu leben."

Es wurde lebhaft gestritten. Der Bankier, welcher damals noch jünger und lebhafter war, schlug plötzlich mit der Faust auf den Tisch und sagte, sich an den jungen Juristen wendend:

„Nein! Ich wette zwei Millionen, daß Sie nicht einmal fünf Jahre Einzelhaft aushalten könnten."

„Wenn Sie es ernst meinen," antwortete der Jurist, „dann wette ich, daß ich nicht nur fünf, sondern fünfzehn Jahre aushalte."

„Fünfzehn Jahre? Gut!" rief der Bankier aus. — „Meine Herren, ich setze zwei Millionen!"

„Einverstanden! Sie setzen zwei Millionen und ich meine Freiheit!" sagte der Jurist.

Und diese unglaubliche, sinnlose Wette wurde beschlossen. Der Bankier, welcher die Zahl seiner Millionen selbst nicht kannte, verwöhnt und leichtsinnig wie er war, begeisterte sich für diesen Einfall. Beim Abendbrod scherzte er darüber mit dem Juristen und sagte:

„Fünfzehn Jahre? Gut!" rief der Bankier aus. — „Meine Herren, ich setze zwei Millionen!"

„Einverstanden! Sie setzen zwei Millionen und ich meine Freiheit!" sagte der Jurist.

Und diese unglaubliche, sinnlose Wette wurde beschlossen. Der Bankier, welcher die Zahl seiner Millionen selbst nicht kannte, verwöhnt und leichtsinnig wie er war, begeisterte sich für diesen Einfall. Beim Abendbrod scherzte er darüber mit dem Juristen und sagte: „Ueberlegen Sie es sich, junger Mann, so lange es nicht zu spät ist! Für mich bedeuten zwei Millionen gar nichts, Sie aber riskiren dreiviertel Ihrer besten Jahre. Ich sage, dreiviertel, denn länger werden Sie es in keinem Fall aushalten. Vergessen Sie dabei nicht, Sie Unglücklicher, daß freiwilliger Kerker viel schwieriger zu ertragen ist als unfreiwilliger! Der Gedanke, daß Sie jeden Augenblick die Möglichkeit haben, frei zu werden, wird Ihr Leben im Gefängniß zu einer Qual machen. Ich habe Mitleid mit Ihnen."

Jetzt ging der Bankier auf und ab in seinem Zimmer und fragte sich:

„Wozu war diese Wette? Wem nützt es, daß der Jurist fünfzehn Jahre seines Lebens verloren, und ich zwei Millionen hinausgeworfen? Kann das etwas für oder gegen die Todesstrafe beweisen? Gewiß nicht. Es war eine abgeschmackte Dummheit. Von meiner Seite die Laune eines satten Menschen, von Seiten des Juristen die einfache Gier nach dem Gelde."

Er erinnerte sich, was sich nach dem obenerwähnten Abend weiter abspielte. Es wurde beschlossen, daß der Jurist in einem Gartenflügel, der zum Hause des Bankiers gehörte, unter strengster Bewachung seinen Aufenthalt nehmen sollte. Ferner: er sollte im Laufe von fünfzehn Jahren die Schwelle seines Zimmers nicht überschreiten, keinen Menschen sehen, keine menschliche Stimme hören, keine Briefe und Zeitungen bekommen. Dagegen war es ihm erlaubt, ein Musikinstrument zu haben, Bücher zu lesen, Briefe zu schreiben, Kaffee zu trinken und zu rauchen. Mit der äußeren Welt durfte er nur durch das kleine, eigens dazu angebrachte Fensterchen in Berührung kommen. Die ganze Zeit über sollte er schweigen. Alles, was er etwa brauchte, wie Bücher, Noten, Wein und dergleichen, dürfte er verlangen, aber nur vermittelst eines Zettels. Ein Vertrag regelte alle Details, welche die Haft zu einer strengen Einzelhaft gestalten sollten. Der Jurist verpflichtete sich, genau fünfzehn Jahre, vom 14. November 1870, 12 Uhr, bis zum 14. November 1885, 12 Uhr, in seinem Zimmer zu bleiben. Jeder Versuch, diese Bedingung zu übertreten, und wäre es auch zwei Minuten vor Ablauf der Frist gewesen, sollte den Bankier von der Zahlung der zwei Millionen befreien.

Im ersten Jahr seiner Haft litt der Jurist, wie man seinen kurzen Zetteln entnehmen konnte, unter dem Alleinsein und der Langeweile. Auf seinem Flügel hörte man fortwährend, den ganzen Tag und auch während der Nacht, Klaviertöne. Das Anerbieten von Wein und Tabak schlug er ab. „Der Wein", schrieb er, „erregt Begierden, die Begierden aber sind der größte Feind des Eingekerkerten. Es giebt nichts Langweiligeres, als guten Wein zu trinken und Niemand zu sehen." Was den Tabak anbetrifft, so verderbe er in seinem Zimmer die Luft. In diesem ersten Jahr öffnete er sich nur leichte Lektüre: Romane, Kriminalgeschichten, phantastische Märchen, Komödien u. s. w.

Im zweiten Jahre verstummte die Musik im Gartenhäuschen. Der Eingesperrte verlangte in seinen Zetteln für seine Lektüre nur Klassiker. Im fünften Jahre hörte man wieder im Häuschen Musik spielen, und der Jurist verlangte nach Wein. Leute, welche ihn durch das Fensterchen beobachteten, erzählten, daß er nichts thue; er aß, trank, lag auf seinem Bette, gähnte häufig und sprach zornig mit sich selbst. Bücher las er nicht. Manchmal schrieb er